



Rosemarie Feistritzer, 8045 Graz, Ziegelstr. 9y

Tel + Fax: 0316 / 67-97-02

Mail: feistritzer@mehrzeitfuergraz.at

www.mehrzeitfuergraz.at

Themengruppe „Wir sind die Stadt“

Anregungen und Forderungen für die Legislaturperiode ab Jänner 2013

1. **Entwicklung der Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung** unterstützen und vorantreiben; rascher Gemeinderatsbeschluss nach der Vorlage des Moduls A. (Einstimmiger Grundsatzbeschluss für die Erarbeitung von Leitlinien in der Gemeinderatssitzung vom 20.09.2012, GZ: A10/BD – 040704 / 2012).
2. **Forderungen und Wünsche** aus der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“, die auch in den zu erarbeitenden Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung keine Berücksichtigung finden können (Die Ziffern beziehen sich auf die BBB-Nummerierung in der Masterdatei):
 - **BürgerInnen-Anwaltschaft (278)** : Forderung aus der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“, politisch abgelehnt, es soll aber geprüft werden, eine zentrale Beschwerdestelle einzurichten.

Stärkung der Bezirksdemokratie (nicht ident mit den Servicestellen!) (279): Mehr Kompetenzen für den Bezirksrat; Gemeinwesenarbeit unterstützen und ausbauen: Vernetzung öffentlicher Arbeit, Politik und Verwaltung; Stadtteilbedürfnisse aufnehmen, Bindeglied zw. Bürgerinitiativen und Politik, niederschweligen Anlaufstellen z. B. in Begegnungsräumen (s. Mehrgenerationenhaus), Stadtteilmediation und -betreuung etc.). Ziel: Eine gute Nachbarschaft in Graz.
 - **Mehr Informationen auf Bezirksebene (247),**
 - **Erstellung von Bezirksleitbildern (280)** (Beispiel: EU-Programm ViTo)

3. **Anregung zur Hebung der BürgerInnenbeteiligung: „Citizen award“:** Bürger /-innen nominieren innerhalb eines zu bestimmenden Zeitraumes gelungene Projekte aus Sicht der Bürgerbeteiligung. Eine Jury wählt das Siegerprojekt. (Bürgerbeteiligung würde medial sichtbar werden).
4. **Aufwertung des Referates für BürgerInnenbeteiligung:** Ausgliederung aus der Stadtbaudirektion; Erweiterung der Kompetenzen, z. B. mehr Eigenverantwortung.
5. **a) Verbesserung, bzw. Aktualisierung des Volksrechtegesetzes:** Petition an Land und Bund, in Gesprächen fordern.
b) Novellierung des Auskunftspflichtgesetzes: Forderung an Bund und Land.
6. **Richtlinien für BürgerInnenumfrage:** Adaptieren aufgrund der bisherigen Erfahrungen!
7. **Stärkere und zeitgerechte Einbindung des Beirates für BürgerInnenbeteiligung (BBB).** Vordringliches Beispiel; Reininghausgründe.

Karin Steffen, Sprecherin der Themengruppe „Wir sind die Stadt“

g_ksteffen@utanet.at